**DATENSCHUTZERKLÄRUNG FÜR PERSONEN, DIE VON DER MELDUNG RECHTSWIDRIGEN VERHALTENS BETROFFEN SIND**

(Art. 14 Verordnung (EU) 2016/679 - DSGVO)

**Verantwortlicher**

Der Verantwortliche ist Arneg S.p.A. - Via Venezia, 58 - 35010 Campo San Martino (PD).

Tel. +39 049 9699333.

E-Mail: [privacy@arneg.it](mailto:privacy@arneg.it)

**Verarbeitete personenbezogene Daten, Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung**

Der Verantwortliche verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten, die von einem Dritten übermittelt werden, wenn er (über den entsprechenden Meldekanal) eine Meldung über das folgende mutmaßlich rechtswidrige Verhalten übermittelt:

* Verwaltungs-, buchhalterische, zivil- oder strafrechtliche Verstöße;
* Verstöße gegen das EU-Recht in einer Vielzahl von Bereichen, die im Anhang der Richtlinie (EU) 2019/1937 ausdrücklich genannt sind (u. a. öffentliches Auftragswesen, Finanzdienstleistungen, Produkt- und Transportsicherheit, Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, öffentliche Gesundheit, Schutz der Privatsphäre, Schutz von Netzsystemen, Wettbewerb).

Sie könnten in verschiedener Weise beteiligt sein, z. B. als Mittler oder mutmaßlicher Urheber des Verstoßes, der Gegenstand der Meldung ist.

Die Verarbeitung dieser Daten ist notwendig, um die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, die dem Verantwortlichen durch die gesetzesvertretende Verordnung Nr. 24/2023 auferlegt werden (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO) und die die Durchführung der notwendigen Untersuchungstätigkeiten betreffen, die darauf abzielen, die Begründetheit der Meldung zu überprüfen und die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Ihre personenbezogenen Daten werden nur verarbeitet, wenn sie für den Gegenstand der Meldung relevant sind.

**Art und Weise der Verarbeitung**

Die Datenverarbeitung erfolgt durch EDV-gestützte Verfahren oder manuell durch die für das Meldewesen zuständige Person, die vom Verantwortlichen speziell geschult und ermächtigt wurde und die zur Vertraulichkeit und Datenverwaltung gemäß den für angemessen erachteten Sicherheitsmaßnahmen verpflichtet ist.

**Empfänger von personenbezogenen Daten**

Die erhobenen Daten werden nicht weitergegeben. Wenn es für die Erreichung des oben beschriebenen Zwecks erforderlich ist, können die von der für das Meldewesen zuständigen Person erhobenen und verarbeiteten Daten an die vom Verantwortlichen benannten Mitarbeiter weitergegeben werden. Darüber hinaus werden die im Rahmen der Meldung erhobenen Daten gegebenenfalls an die zuständigen Behörden weitergeleitet.

**Speicherung von personenbezogenen Daten**

Meldungen und damit zusammenhängende Untersuchungsunterlagen werden so lange aufbewahrt, wie es für die Bearbeitung der Meldung erforderlich ist, jedoch höchstens fünf Jahre ab Mitteilung des abschließenden Ergebnisses des Hinweisverfahrens. Dabei bleibt die Verpflichtung zur Vertraulichkeit stets gewahrt.

Ist die Meldung für Verfahrenszwecke relevant, wird sie so lange aufbewahrt, wie es für die Ausübung der Rechte vor Gericht erforderlich ist.

**Rechte der betroffenen Personen**

Als betroffene Person haben Sie das Recht, die folgenden Rechte auszuüben:

* Auskunft zu Ihren personenbezogenen Daten und Informationen über den Zweck der Verarbeitung, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Empfänger, an die die Daten übermittelt wurden oder werden, die Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, die Herkunft der Daten, wenn sie nicht direkt von der betroffenen Person zur Verfügung gestellt wurden, und das Vorhandensein eines automatischen Systems zum Profiling zu erhalten (Art. 15 DSGVO);
* zuvor übermittelte Daten zu berichtigen (Art. 16 DSGVO);
* personenbezogene Daten zu löschen (Art. 17 DSGVO);
* die Verarbeitung dieser Daten einzuschränken (Art. 18 DSGVO).

Um ihre Rechte geltend zu machen, muss die betroffene Person unter Angabe der zu Beginn dieser Datenschutzerklärung angegebenen Kontaktdaten beim Verantwortlichen einen Antrag stellen.

Gemäß Art. 14 Abs. 5 Buchst. b) DSGVO darf die von der Meldung rechtswidrigen Verhaltens betroffene Person zur Wahrung des Untersuchungszwecks nicht unmittelbar von der Verarbeitung ihrer Daten durch den Verantwortlichen in Kenntnis gesetzt werden, solange die Gefahr besteht, dass die Möglichkeit einer wirksamen Überprüfung der Begründetheit der Meldung oder der Erhebung der erforderlichen Beweise gefährdet wird. Ein solcher Aufschub wird von den für die Untersuchung zuständigen Personen im Einzelfall unter Abwägung des Interesses an der Beweissicherung und der betroffenen weitestgehenden Interessen bewertet.

Ist die betroffene Person der Ansicht, dass die sie betreffende Verarbeitung gegen die Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 verstößt, hat sie das Recht, über die auf der Webseite <https://www.garanteprivacy.it/> verfügbaren Kontakte eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einzureichen.

In jedem Fall weist der Verantwortliche darauf hin, dass die oben genannten Rechte nicht durch einen Antrag an den Verantwortlichen oder durch eine Beschwerde gemäß Art. 77 DSGVO ausgeübt werden können, wenn die Ausübung dieser Rechte zu einer tatsächlichen und konkreten Beeinträchtigung der Vertraulichkeit der Identität der Person führen kann, die Verstöße meldet, von denen sie aufgrund ihres Beschäftigungsverhältnisses oder der ausgeübten Funktionen Kenntnis erlangt hat (Art. 2-undecies der gesetzesvertretenden Verordnung 196/2003 i.d.g.F.).